

NEWSLETTER der Bürgerinitiative gegen CO2-ENDLAGER UND Fracking vom 19.05.2014

+++ FRACKING WURDE NICHT VERBOTEN +++

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter
Sehr geehrte Damen und Herren

Unter dem Titel "Fracking bald verboten?" berichtet der NDR über die sehr gut besuchte Demonstration in Prasdorf bei Kiel. Nachweislich der Filmaufnahmen waren deutlich mehr als 200 Teilnehmer anwesend, wahrscheinlich über 500. Es ist völlig unverständlich, warum der NDR die Demonstration kleinredet und lediglich den Umweltminister mit der nachweislich falschen Behauptung zitiert, dass er davon ausgeht, Fracking sei bald vom Tisch.

„Eine große Gefahr Fracking zu verhindern sind die Politiker die suggerieren, es gäbe (bald) ein Fracking-Verbot und die Medien, die diese politische Irreführungen weitertransportieren“, so Dr. Reinhard Knof von der Bürgerinitiative gegen CO2-Endlager und Fracking <http://www.kein-co2-endlager.de/>

Wie die SZ am 12.05.2014 <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/moegliche-risiken-von-fracking-bohren-um-jeden-preis-1.1958468>

detailliert darlegt, plant das Bundeswirtschaftsministerium unter Minister Gabriel die Freigabe von Fracking. Der von den Umweltministern letzte Woche gefasste Beschluss, "umwelttoxisches Fracking in unkonventionellen Lagerstätten" zu verbieten, hätte für Prasdorf keinerlei Auswirkungen, da es sich hier um eine konventionelle Dogger-Lagerstätte handelt, aus der PRD Energy mittels horizontaler Bohrungen und Frack-Techniken Öl fördern will (s. Antrag, S. 3 unten). Mit diesen Techniken begründet PRD Energy die Möglichkeit einer wirtschaftliche Förderung im Feld Prasdorf. Im selben Antrag brüstet sich PRD Energy damit, dass seine Muttergesellschaft maßgeblich an der Entwicklung der Fracktechnik beteiligt war. Damit wird auch die Behauptung des Ministers Lügen gestraft, dass es noch keinen Antrag auf Fracking in Schleswig-Holstein gebe.

Derweil wird der wässrige Abfall aus der Raffinerie in Hemmingstedt weiterhin in flache Versenkbohrungen verpresst und gefährdet dort das Grundwasser, obwohl das Verbringen von flüssigen Abfällen in geologische Formationen rechtswidrig ist. Auch im Zusammenhang mit den derzeit erteilten Erlaubnissen und Bewilligungen verstößt das Bergamt mit Duldung von Minister Habeck wiederholt gegen geltendes Recht.

Ab min 08:30: http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/schleswig-holstein_magazin/shmag27980.html

Beschluss der Umweltministerkonferenz nur Augenwischerei:

Vollmundig wird von offizieller Seite der Beschluss der Umweltministerkonferenz vom 09.05.2014 herausgestellt als Erfolg im Bemühen, die Gefahren des Fracking zu bannen. Dem Bürger wird suggeriert, ein Verbot von Fracking wäre so gut wie beschlossen. So liest man auf der Internetseite des MELUR (Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume): „Umweltminister fordern Fracking-Verbot – Habeck: "Der Beschluss der Umweltministerkonferenz ist ein erster Erfolg" (Quelle: http://www.schleswig-holstein.de/MELUR/DE/Service/Presse/PI/2014/0514/MELUR_140509_Fracking.html)

Schaut man genauer hin, sucht man das erhoffte klare Verbot von Fracking in dem Beschluss jedoch vergebens. Dagegen finden sich jede Menge Hintertürchen und Interpretationsspielräume. Aus Sicht unserer Bürgerinitiative ein mageres Ergebnis, wie Sie im Detail unserer Pressemitteilung vom 11.05.2014 entnehmen können: <http://www.kein-co2-endlager.de/downloads/presse/PM%20%2011.05.2014-UMK-Fracking.pdf>

Der BBU (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz) sieht in dem Beschluss ein gezieltes Täuschungsmanöver und titelt in seiner Pressemitteilung zum Beschluss der Umweltminister: **„Umweltministerkonferenz streut der Öffentlichkeit beim Fracking Sand in den Augen“**. Die ganze Meldung finden Sie hier: <http://www.gegen-gasbohren.de/2014/05/12/politische-irrefuehrung-fracking-wird-nicht-verboden/>

Mit freundlichen Grüßen

Karin Petersen im Namen des Vorstandes der Bürgerinitiative gegen CO₂-Endlager e.V., Schleswig-Holstein

+++ Unterschreiben Sie die Korbacher Resolution der Bürgerinitiativen gegen Fracking
<https://www.openpetition.de/petition/online/korbacher-erklaerung-der-buergerinitiativen-gegen-fracking-deutschland>

+++ Besuchen Sie uns auch unsere öffentliche facebook-Seite mit tagesaktuellen News:
<http://www.facebook.com/pages/Kein-CO2-Endlager/175897405789374>

+++ Unterstützen Sie uns und werden Sie Mitglied für einmalig 5 €
http://www.kein-co2-endlager.de/index.php?option=com_wrapper&view=wrapper&Itemid=37

Unsere Spendenkonten / Mitgliedskonten lauten:

VR Bank eG, Niebüll:

IBAN DE86217635420007719019
BIC GENODEF1BDS

Nordostseesparkasse:

IBAN DE37217500000163503337
BIC NOLADE21NOS

Wir bedanken uns für Ihr Interesse und Ihre Mithilfe!